

## Das Projekt der SPD Zukunftswerkstatt „Demokratie und Freiheit“

### Soziale Demokratie

- Die Freiheit ist das ursprüngliche Thema der Sozialdemokratie. Die Freiheit des Einzelnen kann sich am besten in einer Demokratie entfalten. Sie ist die Lebensweise der Freiheit. Deshalb war für die SPD in ihrer bald 150-jährigen Geschichte zunächst die Schaffung, dann die Verteidigung und schließlich die stete Erneuerung der Demokratie das Ziel. An diesen emanzipatorischen Anspruch will die SPD anknüpfen und eine neue Leitidee von Freiheit und Demokratie erarbeiten.
- Wir wollen aufs Neue „mehr Demokratie wagen“. Die sozialdemokratische Zukunftswerkstatt „Freiheit und Demokratie“ wird sich kritisch mit dem Zustand der Demokratie in Deutschland beschäftigen. Und sie will Wege zur Erneuerung der demokratischen Teilhabe in allen Lebensbereichen erkunden.
- Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der Sozialdemokratie, bedürfen einer demokratischen Verfassung, sonst sind sie nicht zu verwirklichen. Erst in ihr können Bürgerinnen und Bürger – soweit das geht – unbedrängt von Vorschriften, Drangsalierung und Bevormundung ihr Leben frei entfalten. Die Grenze ihrer Freiheit ist die Verantwortung gegenüber der Freiheit der anderen Bürger. Gleiche Freiheit sichern sich in einer Demokratie die Bürger solidarisch gegenseitig.
- Menschen können in einer Demokratie erwarten, frei an politischen Diskussionen und Entscheidungen teilzunehmen. Das stellt eine Anforderung an die Bürgerinnen und Bürger selbst: Bürger sein ist ein aktiver Status. Freiheit erfordert eigene Anstrengung, bevor man sie genießen kann.
- Freie Menschen müssen die materiellen und kulturellen Voraussetzungen besitzen, um an demokratischen Entscheidungen mitwirken zu können. Auch das gehört zu den Solidaritätspflichten. Demokratische Gesellschaften leben davon, dass ihre Bürgerinnen und Bürger sich gegenseitig ermöglichen, aktiv teilhaben zu können. Dies ist eine Bestandsbedingung der sozialen Demokratie.
- Auch die Institutionen der Demokratie sind gefordert: sie müssen so funktionieren, dass Bürger debattieren und mitentscheiden können. Und Demokratie braucht einen handlungsfähigen Staat. Wer den Staat schwächt, schwächt gleichsam auch die Demokratie. Und schließlich müssen Wirtschaft und Gesellschaft in der Demokratie Orte sein, in denen das Selbstbewusstsein von freien und aktiven Staatsbürgern entstehen kann. Demokratie ist nicht allein Organisationsprinzip, es ist eine Lebensform, die auf gegenseitiger Achtung und Toleranz für Individualität beruht.

### Der Zustand unserer Demokratie

Gemessen an diesen Kriterien ist unsere Demokratie nicht perfekt. Vieles deutet sogar darauf hin, dass die Demokratie in Deutschland an Kraft verloren hat. Es ist jedoch nicht ausgemacht, ob wir zurzeit eine Krise der Parteiendemokratie erleben, die von vielfältigem bürgerschaftlichen Engagement überlagert und auch ersetzt wird, oder ob tatsächlich die Möglichkeiten der Partizipation schwinden.

Sicher ist aber, dass sich in Umfragen immer mehr Menschen von der bestehenden Demokratie enttäuscht zeigen. Offenbar klappt das Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung und von demokratischen Entscheidungen auseinander. Das setzt die Demokratie unter Druck. Marktradikale werfen ihr vor, nicht genügend effizient für die moderne Wirtschaft zu sein. Zugleich begrenzt die Anpassungslogik der globalen wirtschaftlichen Entwicklung den Spielraum demokratisch legitimierter nationaler Politik.

Krisensymptome gibt es viele: Wo individuelles Handeln immer stärker auf Nutzenmaximierung ausgerichtet ist, schwinden demokratische Tugenden. Wirtschaftskrisen, soziale Ungleichheit, die Abkoppelung von Eliten, die Ausgrenzung einer wachsenden Unterschicht, aber auch die Komplexität von Entscheidungen in einem international verflochtenen politischen System erzeugen das Gefühl der Vergeblichkeit von Teilhabe.

In Politik, Medien und Wirtschaft dominieren die gebildeten Mittelschichten. Politische Öffentlichkeit droht zum individuellen Meinungs- und Unterhaltungsmarkt zu verkommen. Das muss uns Sorgen machen. Eine lebendige Demokratie kann nur bestehen, wenn alle Bürgerinnen und Bürger sich verantwortlich, aber auch mit Aussicht auf Erfolg am politischen Leben beteiligen können.

Die Zukunftswerkstatt "Freiheit und Demokratie" wird Demokratie als ein zentrales Thema bearbeiten. Wir wollen eine Debatte führen, die vom mündigen und politischen Bürger ausgeht. Es geht um lebendige Demokratie am Arbeitsplatz, im Betrieb, in der Öffentlichkeit und im politischen Gemeinwesen.

Es geht uns um neue Beteiligungsverfahren und die Einbeziehung von interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch in die Parteiarbeit. Zugleich wollen wir den Dialog mit Vertretern aus Demokratie- und Bürgerrechtsinitiativen, Internetaktivisten, Betriebsräten und anderen wichtigen Gruppen suchen. Unser Ziel ist es, gegen Politikverachtung und Demokratiedistanz und die Verdrossenheitsdebatte eine Politik zu setzen, die gelebte Demokratie fördert.

## **Leitfragen der Zukunftswerkstatt „Freiheit und Demokratie“**

### **1. Demokratische Partizipation**

Die Beteiligung an politischen Entscheidungen ist ein Maßstab für die Offenheit und den Rückhalt von Demokratie. Beteiligung an Politik findet in vielen Bereichen statt: in Parlamenten, in Parteien und Initiativen, als Beitrag zur öffentlichen Debatte in Medien oder durch bürgerschaftliches Engagement anderer Art.

Beteiligung ist keine formale Frage. Es gibt in Deutschland zahlreiche Hinweise auf eine Beschränkung der Partizipationsmöglichkeiten trotz ihrer formalen Offenheit. Augenfällig ist etwa, dass in den letzten Jahren die Beteiligung an Wahlen kontinuierlich zurückgeht. Dafür gibt es viele Gründe. Zufriedenheit ist dafür jedoch in den seltensten Fällen verantwortlich. Die sozialdemokratische Zukunftswerkstatt „Freiheit und Demokratie“ beschäftigt sich deshalb mit der Spannung zwischen formaler Mitwirkungsmöglichkeit und der realen Einflusschance der Bürger.

Viele Bürger nehmen die demokratische Partizipation als eingeschränkt wahr. Sie glauben nicht mehr an die Gleichheit von Staatsbürgern, weil ökonomische Interessen in den letzten Jahren übermächtig schienen. Sie haben den Eindruck, dass immer mehr Entscheidungen einer scheinbar alternativlosen Sachzwang-Logik folgen oder von starken Interessen durchgedrückt werden. Die Komplexität vieler politischer Vorgänge erschwert es den Bürgerinnen und Bürgern, sich ein eigenes Urteil zu bilden.

Unsere Fragen sind:

- Warum geht die Beteiligung an Wahlen in Deutschland zurück?
- Ist bürgerschaftliches Engagement das neue Leitbild der Demokratie nach der Parteiendemokratie?
- Welche Bedeutung haben Gegensätze wie etwa die zwischen Männern und Frauen, Armen und Reichen, Jungen und Alten, Ost- und Westdeutschen oder zwischen Menschen mit unterschiedlichen Ausbildungen für die demokratische Teilhabe?
- Wie können Gruppen mit besonders niedriger Wahlbeteiligung wie bspw. Jungwähler, sozial und wirtschaftlich Ausgegrenzte, Zuwanderer oder Ostdeutsche für demokratische Partizipation motiviert werden?
- Vertrauen die Bürgerinnen und Bürger noch darauf, dass sie mitentscheiden können über das Schicksal unseres Gemeinwesens?
- Gibt es ein Primat der Demokratie im Konflikt mit der ökonomischen Logik?
- Funktioniert eine politische Öffentlichkeit?
- Brauchen wir neue partizipative Elemente wie Plebiszite oder Internetpartizipation?
- Wie steht es um die individuellen kulturellen und materiellen Voraussetzungen von Demokratie?
- Genügt das bestehende Angebot an politischer Bildung?

## 2. Soziale Demokratie und Wirtschaft

Die sozialdemokratische Zukunftswerkstatt „Freiheit und Demokratie“ versteht die derzeitige Krise auch als eine Herausforderung der Demokratie. Viele Bürgerinnen und Bürger fragen sich, warum es den demokratisch gewählten Regierungen bisher nicht gelungen ist, die internationalen Finanzmärkte zu zähmen. Die Wirtschaftskrise kann zur Nagelprobe für die Demokratie in unserem Land werden. Gelingt es, feste Regeln für die Finanzwirtschaft und eine finanzielle Beteiligung der Verursacher der Finanzkrise durchzusetzen?

Den Bürgerinnen und Bürgern ist in den letzten beiden Jahrzehnten der Eindruck vermittelt worden, wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie stünden in einem Spannungsverhältnis zueinander. Viele Liberale sehen darin sogar einen Gegensatz, oder mindestens eine Hierarchie. Erst kommen die Forderungen des globalen Wettbewerbs, dann die nationalen demokratische Entscheidungen. Mit dieser Logik wurde vor allem die Mitbestimmung immer wieder als Wettbewerbshemmnis kritisiert und immer mehr politische Entscheidungen privatisiert.

Demokratie ist in einer solchen Logik nur noch ein Produkt der Marktwirtschaft. Sie ist für das Funktionieren von Märkten oder Gesellschaften nicht erforderlich. Vielen Wirtschaftsleuten erscheinen heute Staaten wie China oder Russland, in denen Partizipation strikt gelenkt wird, als vorbildlich.

Die Wirtschaftskrise, die wir gerade durchleben, lehrt uns aber etwas Anderes. Ungeregelt arbeitende Märkte erzeugen nicht dauerhaft ein hohes und kontinuierliches Wachstum. Sie sind nicht wirtschaftlich überlegen. Die Tatsache, dass Deutschland bisher besser durch die Krise gekommen ist als viele andere Länder zeigt auch, dass Faktoren wie die Mitbestimmung oder unsere Regeln für den Arbeitsmarkt sich in schwierigen Zeiten bewähren und manchmal Schlimmeres verhindern. Das gibt Rückenwind für eine sozialdemokratische, am Ausbau der Wirtschaftsdemokratie orientierte Politik.

Sozialdemokraten verstehen soziale Gerechtigkeit und demokratische Partizipation nicht als Hemmschuh für die Wirtschaft. Im Gegenteil sind sie ordnender Rahmen und Ziel der sozialen Marktwirtschaft. Soziale Gerechtigkeit und demokratische Partizipation stellen sicher, dass die Wirtschaft nicht durch unkontrollierte Spekulation angetrieben wird, die alle Bereiche menschlichen Lebens zur Ware degradiert. Die Zukunftswerkstatt „Freiheit und Demokratie“ beschäftigt sich deshalb damit, welche öffentlichen Güter und welche Bereiche menschlichen Lebens der ökonomischen Logik entzogen sein müssen, damit wir frei leben können.

Unsere Fragen sind:

- Wie berührt die ungleiche Verteilung von Reichtum und Armut die Demokratie? Verhindert Ungleichheit Partizipation?
- Wie sichern wir die individuellen kulturellen und materiellen Voraussetzungen von Demokratie?
- Sind die bestehenden deutschen Instrumente der Wirtschaftsdemokratie noch wirksam?
- Welche Konsequenzen haben die Globalisierung bzw. Europäisierung der Märkte für die Demokratie?
- Ist die sozialdemokratische Vorstellung von Wirtschaftsdemokratie noch tragfähig?
- Gibt es ein Primat der Politik?
- Wie könnte eine moderne Form der Wirtschaftsdemokratie aussehen?
- Muss und kann es eine demokratische Teilhabe beim Zugang zu natürlichen Ressourcen geben?

## 3. Schwerpunkt Freiheit und neue Medien

Meinungsfreiheit ist ein wichtiges Bürgerrecht. Ihr Zustand sagt viel über den Freiheitsgrad einer Gesellschaft. Freie Meinung gibt es nur ohne staatliche Unterdrückung. Das ist selbstverständlich, auch wenn es noch lange nicht überall auf der Welt erreicht ist.

Freiheit der Meinung wird aber nicht nur durch Diktatoren bedroht. Sie ist nicht bequem. Nicht alle mögen Widerspruch. Und längst nicht alle Bürger und Bürgerinnen machen sich gern die Mühe, sich mit komplizierten Problemen des öffentlichen Lebens zu beschäftigen. Das unübersichtliche Angebot an Informationsquellen und Kommunikationskanälen bringt deshalb nicht automatisch einen Gewinn an Freiheit mit sich.

Freie Meinungsäußerung ist nicht immer unterhaltsam. Darauf weisen Medienvertreter gerne hin, wenn sie in Zeitungen oder auf Fernsehkanälen Unterhaltung an die Stelle von Informationen setzen. Meinungsfreiheit wird aber bedeutungslos, wenn wichtige öffentliche Themen gar nicht mehr das Dickicht von Unterhaltung und Kurzweil durchdringen.

Auch Medienunternehmen haben eine Verantwortung für das Ganze. Menschen sind nur dann frei, wenn sie sich orientieren können. Das setzt Informationsvielfalt voraus. Nicht nur in öffentlich-rechtlichen Medienanstalten, auch in privaten Medien oder im Internet. Die Konzentration des Zeitungsmarktes und des Privatfernsehens gefährdet den demokratischen Diskurs. Das gilt auch für eine neue Journalistengeneration, in der viele zwar das Handwerk der Kommunikation gelernt haben, aber ansonsten über immer weniger Wissen und politische Grundüberzeugungen verfügen.

Die neuen Medien bieten zunächst eine schier unendlich vergrößerte Freiheit der Information und Kommunikation. Vor allem die Entwicklung des Internets eröffnet neue Partizipations- und Informationsmöglichkeiten. Ob sie allen zugute kommen, hängt aber von der Gestaltung von Rahmenbedingungen ab.

Durch die weltweite privatwirtschaftliche Monopolisierung von Information und individualisierbaren Daten sind neue Gefährdungen für Freiheit und Demokratie entstanden, auf die Politik Antworten finden muss. Fragen nach dem Überwachungsstaat stellen sich durch die technische Möglichkeit für Bewegungsprofile, Nutzererkennung oder individualisierte Werbung neu.

Die sozialdemokratische Zukunftswerkstatt „Freiheit und Demokratie“ fragt deshalb:

- Wie kann diese Gesellschaft die Chancen der neuen Medien ergreifen und das Risiko der Fragmentierung von Öffentlichkeit vermeiden?
- Wie verändert das Web 2.0 politisches Denken und Handeln?
- Wie lassen sich die Partizipationsmöglichkeiten nutzen, die das Internet eröffnet?
- Wie können im Internet ernsthafte und verbindliche Diskussionen organisiert werden?
- Wie kann sie die Auswüchse von Medienkonzentration, Monopolisierung, Konsumlogik, Vereinzelung, Suchtverhalten, Überwachung vermeiden?
- Wie geht sie mit dem Urheberrecht im Netz um?
- Welche Spaltungen erzeugt die Digitalisierung der Welt?
- Können wir die Medien zu einem Dialog über ihren Beitrag zum Gelingen von Demokratie einladen?

#### **4. Barrieren im Politikbetrieb**

Das Grundgesetz – Art. 21 Abs. 1 – weist den Parteien eine klar umrissene Rolle zu: „Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft geben.“ Das Ziel sind Parteien und damit eine Politik, die dem Willen der Bürgerinnen und Bürger dienen und nicht mächtigen Teilinteressen. Viele Menschen zweifeln an der Offenheit des inneren Politikbetriebs.

Die sozialdemokratische Zukunftswerkstatt „Freiheit und Demokratie“ fragt deshalb:

- Wie offen sind Parteien?
- Funktionieren Parteien als Stimme der Bürger und als Akteur der politischen Willensbildung?
- Erfüllen Parteien noch ihre Aufgabe bei der Rekrutierung politischer Führung?
- Wie demokratisch nimmt sich die SPD selbst wahr und wie wird sie von Anderen wahrgenommen?
- Schottet sich die SPD ebenso wie andere Parteien durch ihre Sprache und Rituale selbst ab?
- Wie steht es um die innerparteiliche Demokratie in der SPD?
- Wie steht es mit der Offenheit der SPD?
- Wie erreichen es Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, ernsthaft mit den eigenen Ansprüchen umzugehen?
- Wie kann der Einfluss von Lobbyismus und Interessengruppen begrenzt werden?